

Hier bei der Expedition 2 R. außerhalb bei den Königl. Postämtern 2 R. 10 S. incl. Post-Ausschlag, in Köln bei dem Königl. Post-Zeitungsamt für England 3 R. 15 S. für Frankreich 4 R. 21 S. für Belgien 4 R. vierzehnteljährlich. In Warschau bei d. R. K. Postämtern 4 R. 33 Kop. In Rußland laut R. Posttag.

Ostsee-Zeitung

und Börsen-Nachrichten der Ostsee.

in Berlin: A. Neumeier, Breitestr. 11. in Hamburg-Altona: Haafenstein & Vogler. in Stettin: die Expedition. Geeignete Mittheilungen werden gratis aufgenommen und auf Verlangen angemessen honorirt.

Berlin, 31. Januar. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Vice-Consul Louis Cazalis-Garonne zu Seite in Frankreich den Rothen Adler-Orden vierter Classe; ferner den Kanzlei-Rathen Remy, de la Croix II. und Horn im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten den Charakter als Geheimer Hofrath, sowie dem Geheimen expedirenden Secretär Wegner und dem Geheim-Secretär Prévot, ebenfalls in dem genannten Ministerium, den Charakter als Hofrath zu verleihen; die Kreisrichter Schwärzer in Prießau, Hoffmann in Neufalz, Graf v. d. Goltz in Carolath und Schmidt in Rottenburg zu Kreisgerichtsräthen zu ernennen und dem Rechtsanwalt und Notar v. Rabenau in Görlitz den Charakter als Justizrath zu verleihen.

Deutschland.

Berlin, 31. Januar. Dem Vernehmen nach ist der jüngst im Handelsministerium ausgearbeitete Entwurf eines Coalitionengesetzes in einigen Punkten beanstandet worden und hat deshalb eine Umarbeitung erfahren müssen, wodurch sich die Verzögerung in der Einbringung desselben genügend erklären würde.

Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses erledigte in ihrer gestrigen Sitzung die Etats des Cultusministeriums und der Verwaltung der Domänen und Forsten. Was den ersteren betrifft, so wurden die Mehrforderungen der Regierung durchweg genehmigt, nur 3000 Thlr. für zwei neue Schulrathstellen in Breslau und Königsberg wurden gestrichen, desgleichen 250 Thlr. Reisekosten für den Oberburggrafen von Marienburg vom Etat abgesetzt. Auch wurde wiederum daran erinnert, daß die Fonds für Bibliotheken und K. Academies zu niedrig zugemessen seien und die Charitee noch immer nach dem Etat von 1818 verwaltet werde. Beim Etat der Domänen und Forsten wurde im Interesse der Forstbeamten, welche die am schlechtesten gestellten Civilbeamten sind, gewünscht, daß für die ausfallende Naturalleistung ihnen eine Gehaltsentschädigung gewährt werde, damit ihre Pension nach dem höheren Gehalt normirt werden könne. Die Budgetcommission enthält sich in dieser Beziehung eigener Anträge, sondern überläßt diese der Regierung, deren Vertreter sich schon in der nächsten Sitzung äußern werden, ob sie den angeregten Gedanken sofort ausführen will.

Die vereinigten Commissionen des Abgeordnetenhauses für Handel und Finanzen berieten in ihrer gestrigen Sitzung über den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Italien.

Die Regierung war vertreten durch den Ministerialdirector v. Philipsborn (für das auswärtige), den Geh. Rath Moser (für das Handelsministerium) und den Geh. Rath Henning (für das Finanzministerium). Abg. Michaelis als Referent gab eine historische Einleitung zum Verständniß der Entstehung des Vertrages; er behauptete die latonische Form der Denkschrift, welche als Motiv der Vorlage beigelegt ist, namentlich im Vergleich zur Denkschrift des Ausschusses des Handelsstages vom August 1864, und ging auf den Schiffahrts- und Handelsvertrag zwischen Savoyen und dem Zollverein vom 23. Juli 1845 zurück. Der Artikel 11 desselben enthielt die Bestimmung, daß die Herabsetzung der Eingangsteuer Italiens gegenüber nur in Anspruch genommen werden könne, wenn andere Staaten dafür ein Aequivalent bieten. Der Italiens-Französische so wie der Italiens-Belgische und Niederländische vom 17. Juni 1863 gewährten Frankreich, Belgien und den Niederlanden Zollermäßigungen, von denen der Zollverein eben nach jenen Bestimmungen des Art. 11 des Vertrages vom 23. Juni 1845 ausgeschlossen blieb. Die Handels-Interessen sind dadurch aufs Ueberste gefährdet worden und der dadurch zugefügte Nachtheil ist kaum wieder gut zu machen. Vom Handelsstande gedrängt, wie dies Seitens der Regierung in der Commission selbst eingeräumt wurde, hat sie den im Entwurf vorliegenden Vertrag, durch welchen der Zollverein in die Stellung der meistbegünstigten Nationen tritt, geschlossen. Die Ratificationen seitens der beteiligten Regierungen werden binnen wenigen Wochen eintreffen, wie der Regierungs-Commissar v. Philipsborn versichert. (Es fehlt zur Zeit nur noch die Zustimmung zweier deutscher Regierungen, darunter Großherzogthum Hessen). Es wurde ferner hervorgehoben, daß der Belgische Vertrag sich auf Erbschaften, Freiheit von Kriegsdiensten und andere Bestimmungen bezieht; mit Bezug darauf bemerkt Regierungs-Commissar Moser, daß solche Bestimmungen eigentlich in einen Zusatzvertrag gehören, daher in den Handelsvertrag nicht aufgenommen werden seien. In Bezug auf einzelne Tarifpunkte sprach Abg. Michaelis Wünsche des Handelsstandes aus. Der Regierungs-Commissar erwiderte, daß solchen Wünschen die Interessen der verschiedenen italienischen Provinzen gegenüberständen, die ebenfalls Berücksichtigung verlangen würden; Folge davon würde ein Hinausschieben des Zustandekommens des Vertrages sein. Im Allgemeinen begnügte sich die Commission damit, den principiellen Rahmen, den der vorliegende Vertrag gewährt, durch die Bestimmungen der anderweitigen italienischen Verträge auszufüllen, unter denen der mit Frankreich geschlossene am weitesten geht. Das Handelsarchiv enthält die Verträge. Außerdem gaben die Vertreter der Regierung eine Uebersicht der für den Zollverein eintretenden Zollermäßigungen, welche die Vorlage nicht ausdrücklich aufweist. Die Commission beschloß einstimmig, dem Hause die Annahme des Vertrages zu empfehlen; doch ist der Bericht des Referenten noch nicht festgestellt.

Dieselbe Commission beschäftigte sich demnächst mit der Petition der Breslauer Handelskammer um Aufhebung der Steuer von inländischen Tabak.

Referent Dr. Ziegert führte aus, daß die Steuer (im Betrage von ungefähr 90,000 R. neben der Uebergangssteuer von 70,000 R.) finanziell unerheblich sei und zugleich den Rückgang des inländischen Tabakbaues in den letzten Jahren bewirke. Eine andere Regulirung dieser Steuern sei angezeigt, wobei auch die Frage ihrer Aufhebung in Betracht gezogen werden könne. Referent trägt deshalb auf Ueberweisung der Petition an die Staatsregierung an. Regierungs-Commissar Geh. Ober-Finanzrath Scheele erklärt darauf, daß der Tabakbau sich trotz mancher Schwankungen im Ganzen nicht verändert habe; eine Steuerreform sei finanziell nicht unbedenklich, noch habe die Staatsregierung sich mit der Sache nicht beschäftigt; Anträge, auf welche die Breslauer Handelskammer hinweist und für welche sie die Unterstützung des Hauses der Abgeordneten nachsucht, seien der Regierung nicht bekannt geworden. Die vereinigten Commissionen beschließen daher, obwohl eine Befreiung der Uebergangssteuer vom Tabak wünschenswerth sei, den Uebergang zur Tagesordnung dem Hause zu empfehlen, da die Frage mit den Zollvereinungsverträgen zu eng zusammenhänge, um sie für Preußen allein lösen zu können.

Die Commission für den Antrag des Abg. Dr. Becker, betreffend den zwischen der Regierung und der Verwaltung der Köln-Mindener Eisenbahn geschlossenen Vertrag vom 10. Juni 1865 hielt gestern ihre erste Sitzung, in der die Regierung durch den Geh. Ober-Justiz-Rath Meyer, den Geh. Rath v. Wolff aus dem Handels-Ministerium und den Assessor Hoffmann vom Finanz-Ministerium vertreten

war. Referent Abg. Lasker füllte die gestrige Sitzung zum größten Theile durch einen zweistündigen Vortrag aus, in welchem er die Sache von der geschichtlichen und von der rechtlichen Seite eingehend beleuchtet und aus welchem selbstverständlich nur einige wichtige Gesichtspunkte mitgeteilt werden können:

So lange der Preussische Staat besteht, fahre der Referent u. A. aus, ist kein Grundeigenthum wie sein beweglicher Besitz schon worden und schon zur ständischen Zeit wurde darauf gehalten, daß die Fürsten kein Staatseigenthum veräußern. Das beständige die Reservalien des Kurfürsten Joachim vom Jahre 1540, sowie der letzte Landtagsabschied des großen Kurfürsten, welcher den in Rede stehenden Grundsatz ausdrücklich anerkennt. Seine Anerkennung ist von noch älterem Datum als die des anderen Axioms, daß der Staat nicht getheilt werden dürfe. Als dann die Zeit des absoluten Regiments kam, wurde derselbe Grundsatz durch die Hausgesetze der Dynastie aufrecht erhalten, bis die verfassungsmäßige Zeit kam, welche ihn im Art. 48, 99 u. a. erst recht feststellte. Im vorliegenden Falle tritt noch der Umstand hinzu, daß die Amortisation durch ein besonderes Gesetz vom Jahre 1843 geregelt ist, ein Gesetz nicht bloß darum, weil es in der Gesetzsammlung steht — da stehen auch Gesellschafts-Statute, die nicht Gesetze sind — sondern weil mit ihm eine Garantie-Versicherung für den Staat verknüpft ist, so daß dieser Theil der Bestimmungen in allen Fällen den Charakter eines Gesetzes in Anspruch nehmen muß. Die neueren Modificationen desselben vom Jahre 1852 und 1854 sind aber unzweifelhaft Gesetze, da sie ausdrücklich von beiden Häusern des Landtags genehmigt sind. Diese beiden zuletzt genannten Gesetze dehnten die Garantie-Versicherung auf die Oberhausen-Arnhem und Deutz-Giechener Bahn aus, mit welcher Erweiterung ein Hinausschieben des Zwangs-Amortisations-Rechtes des Staates auf die Köln-Mindener Bahn-Actien bis zum Jahre 1870 verbunden war. Diesem Rechte stand eine Pflicht gegenüber. Ursprünglich hatte der Staat 1,700,000 R. Antheil an den Actien, er hatte aber für seine Garantie-Versicherung ein Präcipuum von der Einnahme (1/2 von dem, was über 5% eingenommen wird.) Ein verhältnismäßiger Theil dieses Präcipuums durfte nicht zu allgemeinen Staatsausgaben verwendet werden, sondern mußte in einen Garantiefonds stehen für den Fall, daß der Staat zur Completion der Zinsen herangezogen wurde. Durch den Vertrag vom 10. Juni 1865 ist Garantiefonds und Amortisationsfonds aufgehoben — nur für Deutz-Giechen besteht das alte Rechtsverhältnis fort — und der Staat erhielt 1) 5,700,000 R. baar von der Köln-Mindener Bahn-Verwaltung, 2) das freie Verfügungsrecht über 7,295,000 R. ihm gehöriger Actien, welche aus dem Präcipuum im Laufe der Jahre vom Staate angekauft waren. Die Bestimmungen des Garantiefonds waren für den Staat lästig, weil er ihn nicht zu allgemeinen Zwecken verwenden konnte; andererseits verlor er an Bedeutung, weil Köln-Minden und Oberhausen-Arnhem ihn gar nicht in Anspruch nehmen und selbst Deutz-Giechen, das im Jahre 1864 einen Zuschuß von 400,000 R. erhalten mußte, nach dem Urtheil von Sachverständigen in 3-4 Jahren einer stützenden Garantie nicht mehr bedürfen wird.

Der Referent beantragte schließlich: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: 1) die Regierung ist nicht befugt, ohne Zustimmung der Landesvertretung solches Staatseigenthum, welches als Einnahmequelle dient, zu veräußern, zu belasten oder sonst einer contractlichen Veränderung zu unterwerfen; 2) Verträge und Rechtsverhältnisse, welche auf Grund eines besonderen Gesetzes zu Stande gekommen oder wirksam gemacht worden sind, können nur unter Mitwirkung aller Gesetzgebungs-Factoren abgeändert werden; 3) der Zutritt der Königl. Staatsregierung und der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft unterm 10. Juni 1865 abgeschlossene Vertrag (Ges.-S. 1865, S. 957 ff.) bedarf der Zustimmung des Landtags und ist nicht eher für rechtswirksam zu erachten, bis diese Zustimmung erfolgt ist.“

Abg. v. Benda behauptete, daß das abgeschlossene Geschäft für den Staat nachtheilig sei, und regte mit den Abgeordneten Dr. Becker und v. Hennig an, daß die Commission verlange: 1) das Gutachten aus dem Justiz-Ministerium über die rechtliche Seite des Vertrages vom 10. Juni 1865. 2) Die Correspondenz des Handels- und Finanz-Ministeriums über die Ablösung des Zwangs-Amortisations-Rechtes — im vorigen Jahr soll die Regierung nicht 13, sondern 18 Millionen Thaler dafür verlangt haben, — und die gegenseitig aufgestellten Berechnungen. 3) Die Verhandlungen der Eisenbahn-Gesellschaft über die Freigabe des Garantie-Fonds.

Seitens der Vertreter der Regierung bemerkte Geheimer Rath Meyer, daß die Regierung das Recht Staatseigenthum zu verkaufen habe und täglich ausübe; es sei unmöglich, bei jedem Hausverkauf die Genehmigung des Landtags im Voraus nachzusuchen; das Haus der Abgeordneten habe noch in der letzten Session dies Princip indirect anerkannt, indem es den Verkauf der Sayner Hüttenwerke an Herrn Krupp nur darum tadelte, weil keine Licitation stattgefunden. Die beiden anderen Commisars fanden das Geschäft für den Staat günstig und Geh. Rath Wolff führte aus: Das Amortisationsrecht des Staates sei kein unzweifelhaftes, der Vertrag sei unglücklich abgeschlossen, so daß es im Jahre 1870 hätte zum Prozeß kommen können. — Die Verhandlung wurde bis Freitag vertagt.

Vorgestern fand im Englischen Hause ein sehr zahlreich besuchtes Diner der beiden liberalen Fractionen des Abgeordnetenhauses statt. Die Reihe der Toaste eröffnete Waldeck mit einem Hoch auf Grabow, der nicht nur der beste Präsident der Form nach sei, sondern auch ein Mann der Wahrheit und Pflichterfüllung. Präsident Grabow dankte in herzlichen Worten, indem er namentlich betonte, daß er es für seine Pflicht halte, die Wahrheit zu vertreten. Es freue ihn, daß seine Worte so allgemeinen Anklang gefunden haben. — Aus der Reihe der übrigen Toaste heben wir folgenden des Abg. ordneten Jung auf Waldeck hervor:

„Der Fortschritt ist heute so gewaltig, daß es Leute giebt, die über unser gefährdetes Wahlrecht weghreiten und das allgemeine directe Wahlrecht fordern — Trüffel, wo man nicht das Brod hat — die Roggenbäcker und den Großherzog von Baden für reactionär erklären und sogar unsern Freund und Collegen Waldeck unter die Gothaer befördern. — Nun, er war Gothaer, als er den Umständen siets Rechnung trug, daß das Preuß. Volk, großjährig, seine Rechte und Vormundschaftsrechnung verlangt. — Und er ertriede das Erreichbare, als das Recht immer über veraltetes Unrecht siegen muß. Einem solchen Gothaer werde ich folgen, jetzt wie früher. Sein weißes Haar ist mir der Federbusch Heinrichs IV. bei Jorun. Da wo er glänzt, ist der Kampf, der entscheidende Punkt der Schlacht, die Hoffnung und der Sieg. Es lebe Waldeck!“

Dem Berichte über die Sitzung des Aeltesten-Collegiums der Berliner Kaufmannschaft am 29. Januar entnehmen wir Folgendes:

Ein aus dem Schooße des Collegiums hervorgegangener Antrag, auf das Zustandekommen einer internationalen Industrie- und Kunst-Ausstellung in Berlin hinwirken zu wollen, gab Veranlassung zu einer vorläufigen Erörterung dieser Frage. Der Antragsteller hatte das Jahr 1870 in das Auge gefaßt, wogegen geltend gemacht wurde, daß ein dreijähriger Zeitraum nach der im J. 1867 bevorstehenden Pariser Ausstellung jedenfalls zu kurz bemessen sei; es hätte zwischen den großen Weltausstellungen bisher immer ein Zeitraum von fünf Jahren gelegen. So weit die Mitglieder des Collegiums schon jetzt auf die Frage einzugehen für zweckmäßig hielt

ten, wurde die Wichtigkeit und Nützlichkeit der Veranstaltung einer solchen Ausstellung in Preußens Hauptstadt allseitig anerkannt. Neben England und Frankreich könne und müsse der Zollverein jetzt seine berechnete Stellung nehmen. Derselbe sei in der Industrie so weit vorgeschritten, um auf die Londoner und Pariser Ausstellung nur einmal auch eine Berliner folgen zu lassen und der civilisirten Welt zu zeigen, daß er den Wettkampf mit den andern industriellen Völkern nicht scheue. Es sei zu hoffen, daß der ganze Zollverein den Werth und die Bedeutung einer solchen Veranstaltung für seine Zukunft erkennen und gemeinsam die Opfer bringen werde, unter denen allein das große Werk zu Stande kommen könne. Es würden nicht Wenige, die jetzt für fremde Ausstellungen lau geworden, ihren Ehrgeiz darin setzen, die Erzeugnisse des vaterländischen Gewerbestandes in ihr volles Licht zu stellen. Im Augenblick hielt es das Aeltesten-Collegium aber deshalb zu frühzeitig, der Sache näher zu treten, weil die städtischen Behörden schon seit einiger Zeit die Frage angeregt hätten, und das Resultat dieser Verhandlungen zunächst abzuwarten sei. — Das Handelsministerium hat in den schwebenden Unterhandlungen über die Erweiterung des Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahnhofes hieselbst auch die Ansicht der Kaufmannschaft zu hören gewünscht. Man ist allseitig einig darüber, den Productenverkehr auf das Gebiet des Eisenbahnhofes jenseits des Canals zu verlegen. Nachdem nun auch dießseits des Canals Erwerbungen von Areal die Verwaltung der Eisenbahn in den Stand gesetzt haben, den Eisenbahnhof in Zukunft ansehnlich zu erweitern, ist die Frage, ob der ganze dießseitige Bahnhof lediglich dem Personenverkehr reservirt werden soll, oder ob nicht neben dem bedeutend erweiterten Räumlichkeiten für den Personenverkehr noch der Collo-Güterverkehr dießseits des Canals verbleiben, und in den Räumlichkeiten und Speichern, welche die Verwaltung auf dieser Seite des Canals der An- und Abfuhr und Lagerung von Stückgütern zur Verfügung stellen will, vor sich gehen soll. Die Kaufmannschaft, der an billigen Speichern liegen muß, hat sich zu Gunsten des Planes der Eisenbahn-Verwaltung ausgesprochen, und den Bedenken entgegen, welche das Polizei-Präsidium und der Magistrat gegen denselben vorgebracht haben. — Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft zu Königsberg hat Mittheilung gemacht von einem Gesuche an das Handels-Ministerium, dahin gehend, daß durch eine legislative Maßregel für den ganzen Staat an Stelle des Scheffels als Quantitäts-Maßes für Getreide das Zollgewicht gesetzt werde. Es ist darin ausgeführt, das Ausland laufe mit geringen Ausnahmen bereits überall nach Gewicht. Im Inlande sei der eigentlich kaufmännische Handel an allen Binnenplätzen in derselben Lage. Am Rhein sei selbst im Markt- und Klein-Verkehr der Handel nach Gewicht an die Stelle des Handels nach dem Maß getreten. So richtig das hiesige Aeltesten-Collegium die thatsächlichen Ausführungen der Königsberger Kaufmannschaft findet, so kann es doch das Gesuch um eine legislative Maßregel nicht unterstützen. Es ist der Ansicht, daß solche Dinge nicht von oben geboten, sondern durch den Handel selbst in das Leben geführt werden müßten, wie es denn auch nach den von den Königsbergern aufgeführten Thatsachen ganz von selbst und ohne Einschreiten der Regierung durch die Bedürfnisse des Verkehrs sich gestaltet habe. In Berlin gingen jetzt jährlich mehrere Millionen Centner Getreide über die Waage, während nur noch sehr wenig vermessen werde. Und dies sei durch Einrichtungen geschehen, welche der Handelsstand ohne Intervention der Behörden selbst geschaffen habe. Diesen naturgemäßen Gänge möge man auch ferner die Sache überlassen. — Die Königl. Nieder-Oesterreichische Eisenbahn hat auf den Herren Aeltesten an die Direction abgelesen worden, was die Klärungen gegeben über eine zeitweilige Erhöhung der Stand- und Lagergelder für Mehl, Getreide und Stroh. Die Maßregel habe lediglich den Zweck gehabt, der Rastigkeit zu begegnen, mit welcher ein eingegangenen Sendungen betrieben, und habel auch ihren Zweck schnell vollständig erreicht, indem sie die Abnehmer zur Einhaltung der vorgeschriebenen Abnahmefristen bewegen habe. Mitterweile hat nun der starke Güter-Andrang nachgelassen und der Gegenstand der Beschwerde ist erledigt.

Der in Greiz erscheinende „Gen.-Anz.“ versichert, gegenüber der von vielen Blättern gebrachten Nachricht, daß die Landesregentin Caroline den Beitritt zum Deutsch-Italienschen Handelsvertrag resp. Anerkennung des Königreichs Italiens vertweigert habe, „nach von guter Quelle eingezogenen Erkundigungen, daß eine solche Vertweigerung keineswegs erfolgt, vielmehr die Bereitwilligkeit zum Beitritt, unter der Bedingung, daß sämtliche übrige beteiligte Staaten denselben erklären, ausgesprochen worden ist.“

Danzig, 30. Januar. In dem Prozeß gegen den Fiscus, betr. die Erfassung der Besoldungen (ca. 30,000 Thlr.) für die Strompolizeibeamten, welcher in den beiden ersten Instanzen zu Gunsten der Stadt entschieden ist, hat das Ober-Tribunal die Klage angebrachtermaßen abgewiesen. (Danz. Btg.)

Hamburg, 28. Januar. Die hiesige Presse und Bevölkerung befinden sich in einiger Aufregung wegen der drohenden Ausführung des s. B. erwähnten Projectes der Gebrüder Weg, das sogenannte „Gängeviertel“, ein Complex enger, schmaler Straßen und Höfe von großer Ausdehnung, zu durchbrechen. Der Senat hatte einen Antrag an die Bürgerchaft gebracht, dem Unternehmen unter gewissen Bedingungen die Hilfe des Staates zuzuwenden, die Bürgerchaft war aber nicht darauf eingegangen. Vielmehr hatte sich eine äußerst lebhaftes Opposition gegen das ganze Project geltend gemacht, dem man Privat-speculation und eine unbillige Benachtheiligung der Bewohner des Gängeviertels, sämtlich der ärmsten Classe angehörig, vorwarf. Das Unternehmen blieb in Folge dessen auf sich beruhen, ist aber, wie sich neuerdings herausgestellt, nicht aufgegeben worden, da die Gebrüder Weg, die sich in den Besitz einer ganzen Reihe von Grundstücken gesetzt haben, entschlossen sind, eine Massenklage zum 1. Mai vorzunehmen. Von denselben betroffen werden nicht weniger als 914 Familien, meistens Arbeiter, für die ein Unterkommen zu verschaffen allerdings nicht geringe Schwierigkeiten verursachen wird. Die Localblätter überbieten sich gegenwärtig mit den wunderbarsten Vorschlägen, es wird das bedrohte Staatswohl angerufen, um den Unternehmern die Ausführung zu unterlagen. „Es bedarf“, bemerkt der „H. C.“ hiergegen, „keiner Ausführung, daß der Staat nicht das Recht hat, die Unternehmer in ihrem Projecte irgendwie zu behindern, es sei denn gegen volle Entschädigung, das hiesige in diesem Falle mittelst Expropriation des ganzen von den Unternehmern angekauften Terrains, um dann das Unternehmern selbst mit billigerer Rücksicht auf die Lage der Bewohner durchzuführen.“ Das amtliche Blatt erklärt sich dann gegen eine derartige Maßregel, deren finanzielle Tragweite sich nicht übersehen lasse, und für die Ueberlassung von geeigneten Staatsplätzen an etwaige Unternehmer, welche in sachgemäßer Weise für den Mangel an guten Arbeiterwohnungen Abhilfe zu schaffen bezwecken.

Weimar, 30. Januar. Die „Weimarer Zeitung“ meldet: Dr. Gesundheitszustand Friedrich Rückert's ist seit vergangener Sonntag sehr bedenklich. Die Familienglieder sind telegraphisch nach Coburg gerufen worden. (W. T. B.)

München, 28. Januar. Die auf Grund der Nordlinger Beschlüsse gewählte Landesdeputation wird heute Abend hier eintreffen. Dieselbe wird sich in zwei Deputationen trennen — eine Fränkische und eine Schwäbische — Aubienz erbiten, da gewöhnlich nur höchstens 10 Personen als Deputation zulässig sind, die Landesdeputation aber aus 20 Personen besteht. Auf den Erfolg des ganzen Schrittes ist man selbstverständlich nicht wenig gespannt. Wie man in Regierungskreisen denfalls betrachtet, geht unter Anderem daraus hervor, daß der Bürgermeister John in Fürth als Amtsvorstand dem urprünglich zum Vertreter dieser Stadt bestimmten Rechtsrath Albinger den hierzu nachgesuchten Urlaub v. zweigert hat, „weil das von dem Herrn Rechtsrath übernommene Commissorium mit dessen dienstlicher Stellung unvereinbar“ sei.

Oesterreich.

Wien, 29. Januar. Wie aus Pest telegraphirt wird, sind in die Abref-Commission 19 Mitglieder der Deak-Partei, 9 Mitglieder der Linken und zwei der Rechten gewählt worden.

Italien.

Florenz, 25. Januar. Die Italien betreffende Stelle der Französischen Thronrede und die zugehörige Erläuterung im Exposé haben hier ziemlich peinlich berührt. Obwohl der Kaiser nichts gesagt hat, was dem nationalen Programme Italiens direct widerspricht, so geben doch seine Worte den clericalen Hoffnungen neue Nahrung, während sie zugleich der demokratischen Opposition als erwünschte Waffe gegen die Regierung dienen. Die Linke wird sich die im Exposé enthaltene Verurteilung der Einsicht der Italiensischen Staatsmänner nicht entgehen lassen, um das Cabinet hinterhältiger Umtriebe zu beschuldigen; die Verteidiger der Contention aber werden durch solche geschraubte Zweideutigkeiten an ihrer bisherigen Ansicht von der Französisch-Allianz irre gemacht. Daß übrigens die Regierung die Römische Frage nicht im Sturme zu lösen beabsichtigt, geht schon aus der Umständlichkeit hervor, mit der sie ihren Sitz in Florenz einrichtet. Den Palazzo Vecchio wird man wahrscheinlich der Kammer ausschließlich überlassen und das bis jetzt in demselben untergebrachte Ministerium des Auswärtigen nebst dem des Unterrichts in den Palazzo Rucchiardi verlegen, wo sich gegenwärtig das Finanz-Ministerium befindet. Letzteres würde dann in dem bisherigen Locale des Unterrichts-Ministeriums im Kloster San Firenze installiert. — Der von Sella ausgegangene und von Scialoja beibehaltene Gesetzesentwurf über Stempel und Registrirung ist so eben vertheilt worden. Die Tage auf Hypothek-Umschreibungen und gerichtliche Entscheidungen wird erheblich vermindert; dagegen wird der Registrirungszwang auf alle geschriebenen Verträge und Uebereinkünfte ausgedehnt und überhaupt die Registrirung auf ihren ursprünglichen Zweck zurückgebracht, nämlich zur Completirung des Vorhandenseins und der Identität der Acten zu dienen; zugleich paßt das neue Gesetz die bisherigen Bestimmungen dem neuen Gesetzbuche an. Diese verschiedenen Modificationen reduciren einestheils die Einnahmen für Stempel und Registrirung um 6 Millionen, vermehren sie aber auf der anderen Seite um 23 Millionen, so daß sich eine voraussichtliche Vermehrung von 17 Millionen ergibt. (Köln. Ztg.)

Rußland und Polen.

Von der Polnischen Grenze, 30. Januar. Die seit fast zwei Jahren schwebenden Unterhandlungen zwischen Preußen und Rußland wegen Abschluß eines Handelsvertrages haben leider bis jetzt zu keinem befriedigenden Resultat geführt und dürften, nach ihrem gegenwärtigen Stande zu urtheilen, bald gänzlich abgebrochen werden. Die Russische Regierung, die noch unter dem Einfluß der entschieden protectionistisch gesinnten Russischen Fabrikanten (und auch wohl unter dem, wegen ihrer niedrigen G. halte, an dem Fortbestande des Schmuggels in so hohem Grade interessirten Beamten) steht, hat sich rücksichtlich der Tarifermäßigungen für Preussische und überhaupt Zollvereinsländische Fabrikate nur zu geringen Zugeständnissen herbeigelassen und überdies als Bedingung des Handelsvertrages den vorherigen Abschluß eines Zolltariffs verlangt. Die Russischerseits gemachten Concessionen und Bedingungen sind eher zurückstoßend als lödend für den Zollverein, und der im Interesse beider Länder so wünschenswerthe Abschluß eines Handelsvertrages muß leider einer späteren Zeit vorbehalten bleiben, wo die schon jetzt gegen die protectionistischen Bestrebungen sich mächtig regende öffentliche Meinung in Rußland so weit erstarbt sein wird, daß sie die Forderung eines möglichst erleichterten Handelsverkehrs mit dem Auslande mit Erfolg geltend machen kann. Der hartnäckigste Widerstand gegen den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Rußland und dem Zollverein geht von den Fabrikanten der Ostsee-Provinzen aus, die bei der in den maßgebenden Kreisen stark vertretenen Deutsch-Russischen Partei mächtige Unterstützung finden. — Die am letzten Aufstände theilhaftig getretenen Polnischen Gutsbesitzer in den Lithauischen und Russischen Gouvernements, welche größtentheils im Innern Rußlands internirt sind, haben bereits auf Grund des Ukas vom 22. December v. J., betreffend die theilweise Expropriation des Polnischen Adels, die persönliche Aufforderung erhalten, ihre Güter innerhalb einer zweijährigen Frist entweder zu verkaufen oder gegen andere in einem der innern Russischen Gouvernements gelegenen Güter umzutauschen. Bei der in Rußland herrschenden Geldcalamität ist es mit Bestimmtheit vorauszusagen, daß sich Russische Käufer oder Taufschlichter zu diesen, so wie zu den confiscirten Gütern nicht finden werden. Alle bisher veröffentlichten Vicitationen Polnischer Güter haben fast gar keinen Erfolg gehabt. Der Russischen Regierung wird daher nichts Anders übrig bleiben, als die den Polen abgenommenen Güter theils an verdienstvolle Beamte zu vertheilen, theils zu parcelliren, und unter billigen Bedingungen an Russische Kolonisten zu vergeben, was schon bis jetzt mit einzelnen Gütern geschehen ist. Würde aber die Russische Regierung sich entschließen, Deutsche Käufer aus den Ostsee-Provinzen und aus dem Auslande zu den Güter-Vicitationen zuzulassen, so würde es an Kaufslustigen nicht fehlen.

Amerika.

London, 30. Januar, Mittags. „Reuter's Office“ meldet: New York, 20. Januar. Die Amerikanischen Journale bestätigen die Einnahme Bagdads durch ein von Escobedo commandirtes Amerikanisches Regter-Regiment. Ein von Orleans eingegangenes Telegramm des General Sheridan bezweifelt jedoch diese Nachricht; er habe seinen Untergebenen Neutralität befohlen. — General Meja verteidigte, Weizel's Protest gegen Hinrichtungen anerkennend, weil darin eine Einmischung liege. Weizel will aus Washington weitere Instruktionen abwarten. — Das Repräsentantenhaus zu Washington genehmigte mit 116 gegen 54 Stimmen einen Gesetzesentwurf, welcher den Regern Columbia's das unbedingte Stimmrecht ertheilt. — Der Cours der Bonds war am 20. in New York nicht 102 1/2, sondern 103 1/4. (W. T. B.)

Landwirthschaftliches.

Berlin, 31. Januar. Zu den letzten Gegenständen, welche in den Sitzungen des Landes-Deconomie-Colle-

giums zur Berathung kamen, gehört auch die schon früher einer Erörterung unterzogene Revision der Maischsteuer-gesetze. Für diesen Gegenstand lag der Bericht einer vorbereitenden Commission, bestehend aus dem Oberpräsidenten a. D. v. Mebing, dem Nittergutsbesitzer und Präsidenten des landwirthschaftlichen Centralvereins für den Regidistrict v. Sanger, dem Nittergutsbesitzer Kiepert und dem Deconomierath Lüdersdorff, vor. Die Commission sagt in ihrem Berichte:

„Bei der augenscheinlich so geringen Geneigtheit des Herrn Finanzministers, auf die diesseits kundgegebenen Desiderien einzugehen, hat die Commission es für zweckmäßig erachtet, einige der früher gemachten Vorschläge, die von weniger durchgreifender Bedeutung sind, zurückzuziehen, dagegen aber in der Aufrechterhaltung einiger anderer, gegenüber den desfallsigen Auffassungen des Herrn Finanzministers, um so entschiedener zu beharren; — und in der Ueberzeugung, daß diese Vorschläge der Commission im Plenum des hohen Collegiums allseitige Zustimmung finden werden, richtet sie an dasselbe den Antrag, daß es diese erneuten Desiderien der Commission mit dem Gewichte seines Votums verstärken und an Se. Excellenz den Herrn Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten die Bitte richten möge, die wichtige Angelegenheit in dieser Richtung weiter zu verfolgen und unterstützen zu wollen. Die auch ferner aufrecht zu erhaltenden Desiderien aber sind folgende: 1) Das Uebergähren der Maische, 2) der Zusatz von Wasser zu reifer Maische, 3) die Neben-Declarationen bei der Hefenbereitung und 4) die solidarische Haft und die Denuncianten-Antheile betreffend.“

Weiter heißt es in dem Berichte über den ersten Punkt, das Uebergähren der Maische betreffend:

„Es war früher beantragt worden, eine authentische Declaration dahin zu erlassen, daß das Vorhandensein übergegohrner Maische auf dem Fußboden des Gährungslocals an sich nicht straffällig sei, daß aber die übergegohrne Maische auf dem Fußboden des Gährungslocals nicht irgendetwas durch wirkliche Hemmung des Abflusses angehalten werden soll, daß in Localen, wo ein natürlicher Abfluß nicht beschafft werden kann, für eine entsprechende Pumpe gefordert werden muß. Hiergegen wendet sich ein Rescript des Herrn Finanzministers, in welchem wörtlich gesagt wird: „Im Uebrigen aber leidet es keinen Zweifel, daß die in der vorgeschlagenen Declaration zur Begründung der Strafbarkeit erforderlich erklärte wirkliche Hemmung des Abflusses fehlt, während die Maische auf dem Fußboden des Gährungslocals sich dergestalt sammelt, daß sie die Gährung dafelbst fortsetzen kann. Selbst nach Erlaß der vorgeschlagenen Declaration würde daher wegen Verweilens der Maische auf dem Boden des Brennereilocals eine Strafe unter Umständen erkannt werden können.“

Nachdem die Commission nachzuweisen gesucht hat, daß die Zurückhöpfung der übergegohrnen Maische nicht thunlich ist, weil sie auf dem Fußboden in einen Zustand übergegangen ist, der sich mit der Maische nicht verträgt, wird beantragt, „daß das Vorhandensein von übergegohrner Maische auf dem Fußboden des Gährungs-Localen überhaupt nicht als straffällig zu erachten sein soll.“ Eine frühere, die Revision der Maisch-Steuer-Gesetze vorbereitende Commission hatte in Bezug auf den zweiten Punkt, den Zusatz von Wasser zu reifer Maische betreffend, den Antrag gestellt: „Das Verdünnen der reifen Maische mit Wasser, namentlich auch zum Zwecke des Nachspülens der Bottiche zu gestatten.“ — Der Finanz-Minister hat auch diesen Antrag zurückgewiesen, „weil dadurch die Controle der vorhandenen Maische aufgehoben werden würde.“ Es wird dann speciell in Bezug auf das Nachspülen der Bottiche noch wörtlich hinzugesetzt: „unter dieser Voraussetzung handelt es sich nun um einen besonderen Fall der Verdünnung der Maische mit Wasser. Eine solche würde sich überhaupt nicht mehr verhindern lassen, wenn das Nachspülen der Bottiche ausdrücklich für zulässig erklärt werden sollte, weshalb es im Interesse der Controle und zur Verhütung von Unterschleifen nothwendig erscheint, hieron abzufehen.“

Die jetzige Commission führt dagegen an: „Das Verdünnen der abgegohrnen Maische mit Wasser kann, wie nicht bestritten werden wird, unter keinen Umständen bewirken, daß aus einem gewissen Quantum abgegohrner, also versteuertes Maische, ein höherer Spiritusentrag gewonnen wird; wohl aber kann durch die Verdünnung, wenn sie in einigermaßen erheblichem Grade stattfindet, ein Nachtheil für den Brenner dadurch entstehen, daß durch das Destilliren eines größeren, an Alkoholgehalt aber nicht reich gemordenen Quantums Maische, eine Vergeubung an Feuermaterial bedingt wird. Der Zusatz von Wasser zu reifer Maische geschieht nur deshalb, — und nur deshalb —, um die sehr dicke und darum schwerflüssige Maische so viel wie unerlässlich nothwendig ist, flüssiger zu machen, damit sie ohne Aufenthalt aus dem zu entleerenden Bottiche, sei es in offenen Kinnen in das Reservoir, sei es — wie in der Regel — in geschlossenen Röhren mittelst einer Pumpe direct in den Vorwärmer gelangen kann. Wie hierdurch „eine Controle der vorhandenen Maische aufgehoben werden würde“ ist schlechthin nicht abzusehen. — Was nun aber das Verbot auch des Nachspülens der Bottiche“ anlangt, so giebt dies nur einen neuen Beweis von der Wahrheit des alten Sprichwortes: ultra posse nemo obligatur. Denn es kann und soll deshalb nicht verschwiegen werden, daß eben dies Nachspülen der Bottiche — als ein Zusatz von Wasser zu reifer Maische — in allen Brennereien des Preussischen Staates immer und ohne alle Ausnahme stattgefunden hat, wenn ein großer Brennerei-Betrieb möglich sein soll, stattfinden muß und deshalb auch immer stattfinden muß. Denn es ist geradezu unerlässlich, — eben so sehr wegen des durchaus nothwendigen Reinigens der Bottiche, wie auch, um nicht einen Theil der theuer verfeuerten Maische ganz nutzlos zu vergeuben, — die an den innern Wandungen und am Boden der entleerten Bottiche stets noch haften bleibenden Reste der Maische durch Ab- und Nachspülen mit Wasser zu entfernen. Aus diesen Gründen kommt die Commission auf den Antrag der früheren Commission zurück: das Verdünnen der reifen Maische mit Wasser, namentlich auch zum Zwecke des Nachspülens der Bottiche zu gestatten.“

In Bezug auf den dritten Punkt, die Neben-Declarationen bei der Hefenbereitung betreffend, hatte die frühere Commission beantragt: „die Bereitungsart der Hefe ohne besondere Neben-Declarationen freizugeben und nur an der Bestimmung festzuhalten, welche das Größenverhältnis der Hefengefäße zum Bottichraume feststellt.“ Obwohl der Finanzminister eine Vereinfachung in Anfertigung der qu. Neben-Declaration in Aussicht gestellt und dieselbe auch später gewährt hat, so hält doch die Commission dafür, daß der eigentlich materielle Grund des aufgestellten Desideriums dadurch nicht beseitigt wird, wenn schon sie empfiehlt, die damit gestattete Vereinfachung der Form bestens zu acceptiren. Nachdem sie diese ihre Ansicht durch eine lange Reihe von Gründen auseinander gesetzt hat, glaubt sie auf dem ursprünglichen oben citirten Antrag beharren zu müssen und empfiehlt ihn dem Collegium zur Unterstützung und Annahme.

Weber den vierten Punkt, die solidarische Haft und die Denuncianten-Antheile betreffend, hat das Finanzministerium in Folge eines schon früher gestellten dahin zielenden Antrages sich dahin ausgesprochen:

„Wenn die in Bezug auf die Maischsteuer in Anregung gebrachte Aufhebung der Denuncianten-Antheile allgemein in Aussicht genommen werden sollte, so würde der Gegenstand in Bezug auf alle inneren indirecten Steuern in nähere Erwägung zu ziehen sein. So lange eine allgemeine Maßregel dieser Art nicht getroffen wird, ist Anstand zu nehmen, eine besondere Bestimmung für die Maischsteuer zu treffen.“

Der Commissionsbericht sagt in dieser Angelegenheit in Bezug auf die vorstehende Auslassung des Finanzministeriums: „Die Commission hat sich mit dem Motive dieser Ablehnung nicht einverstanden erklären können. Eine Durchführung der angebotenen allgemeinen Maßregel dürfte sobald nicht zu erwarten sein, sie ist aber auch schwerlich in irgend einer anderen Beziehung so dringend geboten, wie gerade bei der Maischsteuer. Was gegen die Einwilligung von Denuncianten-Antheilen überhaupt vom allgemein sittlichen Standpunkte einer aufzuklären und lokalen Gesetzgebung spricht — darauf mag hier nur andeutend hingewiesen werden. Die

eigenthümlichen Verhältnisse des Brennereibetriebes verdienen eine besondere Berücksichtigung, weil hier leichter als in anderen Fällen mit der Aussicht auf den Denuncianten-Antheil bei dem niedern Brennerei-Peronale der Lücke und niedriger Rachjucht Thor und Thür geöffnet wird. Es ist hauptsächlich vorgekommen und kommt vor, daß beispielsweise zwei Brauereifnechte — sei es aus Rachjucht oder aus angeborener Lücke — dahin übereinkommen, daß der Eine Handlungen in der Brauerei vornimmt, die eine Contravention oder Defraudation involviren, und der Andere den Angeber bei der Behörde spielt, unter der Bedingung, daß beide den durch den Denuncianten-Antheil erzielten Gewinn theilen. Bei der Haftbarkeit der Brauerei-Besitzer, auch wie sie noch nach dem neuen Gesetze fortbesteht, und bei der gewöhnlich stattfindenden Vermögenslosigkeit des eigentlichen Verbrechers erleidet dieser, wenn überhaupt, eine Strafe, welche für ihn gegenüber der von ihm nach dem mit seinem Spießgesellen getroffenen Uebereinkommen erwarteten Denuncianten-Antheil-Quote nichts weniger als ein Abschreckungsmittel ist, und es kann schon nach der gewissenhaftesten Brennereibesitzer in Folge einer nichtswürdigen Intrigue eine seiner Ehre noch mehr als seinem Vermögen empfindliche Strafe erleiden. Es ist dies ein nicht auf Suppositionen, sondern auf der Wirklichkeit beruhendes Beispiel.“

Die Commission empfiehlt aus den oben angeführten Gründen dem Collegium, diesen Gegenstand im Auge zu behalten und so viel in seinen Kräften steht, auf eine Remede hinzuwirken. Das Plenum hat sich in allen Punkten den Anträgen der Commission angeschlossen. (Boff. Ztg.)

Zoll- und Steuerwesen.

Wien, 28. Januar. Im „Reichsgesetzblatt“ wird ein Erlaß des Finanz- und Handelsministeriums veröffentlicht, welcher in Folge des mit England abgeschlossenen Handelsvertrages die bisher bestehenden Eingangszölle für die Position „Fische, Schäl- und sonstige Wassertiere“ und den Ausgangszoll für „Hadern“ anhebt. Die neuen Eingangszölle für Fische u. s. w. treten, wie schon das Schlußprotocoll vom 16. December v. J. sagt, vom 1. Februar d. J. an in Kraft, der Ausgangszoll für Hadern vom 1. Juli d. J. an. Heringe, gesalzen, sind die Tonne mit 1 Fl. 50 Kr., geräuchert (Büdlinge) der Brutto mit 50 Kr. Eingangszoll belegt. Gesalzene Heringe in kleinen Gebinden unter 1/4 Tonne, so wie überhaupt in nicht regelmäßigen Gebinden, sind mit 50 Kr. für den Brutto zu verzollen. Bei Anwendung des Zollsaßes von 1 Fl. 50 Kr. für 1 Tonne darf das Bruttogewicht der ganzen Tonne 30 Z, und jenes der halben und Vierteltonne 175, beziehentlich 88 Z nicht überschreiten, widrigenfalls das Gebinde als nicht regelmäßig anzuzählen und der Zoll mit 50 Kr. vom Brutto zu erheben ist. Was den Ausgangszoll für Lumpen (Hadern) und andere Abfälle zur Papier-Fabrikation, leinene, baumwollene, seidene und wollene Lumpen u. s. w. betrifft, so wird derselbe vom 1. Juli an von 3 Fl. auf 2 Fl. vom Brutto herabgesetzt. Der Ausgangszoll von 2 Fl., welcher bisher nur für die Ausfuhr aus Ungarn, Kroatien, Slavonien und der Militärgrenze über Triest und Fiume galt, wird hierdurch verallgemeinert.

Eisenbahnen.

Schwerin, 28. Januar. Nach dem gestern mit der Großherzoglichen Bestätigungs-Urkunde publicirten Statut der Lübed-Kleinen Eisenbahngesellschaft wird das Gesellschafts-Capital 3,700,000 Rg betragen, zur Hälfte in Stammactien zu 100 Rg, zur anderen Hälfte in Prioritätsactien zu 200 Rg, die mit 4 1/2 % verzinst werden sollen. Die Organisation der Gesellschaft weicht darin von der der meisten anderen Eisenbahngesellschaften ab, daß das Mitglied eines Ausschusses zwischen der Generalversammlung der Actionäre und der Direction steht. Die Direction besteht aus 8 Mitgliedern, deren regelmäßige Amtsdauer eine dreijährige ist. Doch bleiben die Mitglieder der ersten Direction resp. 6, 7 und 8 Jahre in Function. Als solche sind konstituiert: vier Lübeder, drei Engländer und der Großherzog. Geh. Kammerath Böcker in Schwerin. Die sämtlichen Mitglieder der Direction erhalten während der auf zwei Jahre festgesetzten Bauzeit, außer der Erstattung ihrer baaren Auslagen, eine Remuneration, die jährlich 250 L für jedes Mitglied und 350 L für den Präsidenten beträgt. Nach Beendigung der Bauzeit wird die zu gewöhnliche Remuneration durch die General-Versammlung festgesetzt. — Der Staatsvertrag zwischen Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz (wegen des Fürstenthums Rügen) und Lübed in Bezug auf das Unternehmen wurde bereits am 24. October 1864 abgeschlossen. Die Regierungen haben das Recht vorbehalten, das Eigenthum der Bahn mit allem Zubehör gegen Entschädigung anzukaufen. Die Unternehmer sind in diesem Betreff verpflichtet, nach Ablauf von 30 Jahren, von Eröffnung des Betriebes an gerechnet, das Eigenthum gegen Zahlung des 25fachen durchschnittlichen Reinertrages während der letzten 5 Jahre und Uebernahme der verbliebenen Schulden an die Regierungen abzutreten. Das Recht der eigenthümlichen Erwerbung der Bahn nach vorstehenden Grundätzen steht auch jeder einzelnen der drei Staats-Regierungen nach vorausgegangener Verständigung mit den beiden anderen zu. Von Vermögens-, Einkommen- oder Gewerbesteuer sollen die Unternehmer einweilen befreit bleiben. Alle sonstigen öffentlichen Lasten und Abgaben, insbesondere von ihrem Grundbesitze, haben dieselben nach dem bestehenden Staats-Gesetze zu tragen und müssen auch die sie oder ihren Besitz treffenden Communalabgaben entrichten. Die Regierungen behalten sich in diesem Vor, die Unternehmer nach Ablauf von drei Jahren, von Eröffnung des Betriebes an gerechnet, einer nach der Größe des zur Dividendenzahlung bestimmten Reinertrages und nach dem Verhältnisse des Unternehmens zu dem auf dasselbe verwendeten Baucapital festzustellenden mäßigen Abgabe zu unterwerfen, deren Ertrag zur successiven Capital-Amortisation verwendet werden soll. Die nähere Regelung dieser Abgabe und deren Berechnung und Verwendung soll nach Maßgabe der in dem Preussischen Eisenbahn-Steuer-Gesetze vom 30. Mai 1853 aufgestellten Grundätze erfolgen.

Lemberg, 25. Januar. Ein von Petersburg nach Odeja gerichtetes Telegramm, welches seiner Wichtigkeit wegen auch hierher dirigirt wurde, bespricht, daß der Weiterbau der Lemberg-Czer-nowitzer Eisenbahn von Czernowitz nach Rischnew zum Anschlusse an die südrussischen Eisenbahnen genehmigt ist und daß die Russische Regierung dielem Unternehmen die Concession zugesagt hat. Der General-Director der Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn weilt dormalen in Petersburg und es ist das Zustandekommen wesentlich seinen rastlosen Bestrebungen zu verdanken. Von besonderem Einflusse auf das Gelingen wirkte der Umstand, daß General Lotleben, welcher zum Nachfolger des Bauministers Melnikoff, der eben seinen Posten aufgibt, bestimmt ist, die projectirten Linien bereits und sich für den Anschluß an Czernowitz ausgesprochen hat. (Düb. Post.)

Mannigfaltiges.

Berlin, 30. Januar. Vor der 6. Deputation des Criminalgerichts gelangte heute die zweite wegen der Häuser-Einstürze erhobene Anklage zur Verhandlung. Dieselbe betraf den Einsturz der Giebelwand an der Stechbahn am 7. August v. J. Angeklagt war der Maurermeister Wilhelm Conrad Dammejer und der Maurer-polier Wilhelm Herda. Der Baumeister Dammejer (Water des Angeklagten) hatte mit den Baumeistern Ende und Böckmann wegen des Abbruchs der Häuser an der Stechbahn contrahirt, er verzeigte jedoch und übertrug seinem Sohne die praktische Ausführung des Abbruchs. Dieser beauftragte den Angeklagten Herda mit der Leitung, und am 7. August v. J., Nachmittags 4 Uhr, stürzte die Giebelwand des Hauses Nr. 4 ein, wobei 10 Personen getödtet, resp. verwundet wurden. Drei Personen wurden sofort getödtet, zwei starben im Krankenhaus. Zuerst nahm man als die Ursache des Einsturzes die Ausgrabung eines Brunnens im Nebengebäude an, wodurch das Fundament einen Riß bekommen haben sollte; diese Annahme stellte sich jedoch als unrichtig heraus, vielmehr ist das Unglück dadurch herbeigeführt, daß einmal zu viel Schutt auf die Balkenlage geworfen, ferner aber ein Fenster-pfeiler zur unrichtigen Zeit umgerissen worden ist. Die beiden mit der Leitung des Abbruchs beauftragten Personen sind deshalb zur Unter-suchung gezogen worden. Der Angeklagte Dammejer erklärte, er habe die Anordnung getroffen, daß der Schutt täglich fortgeschafft werden sollte; er hätte sich auch täglich davon überzeugt, nur an dem

